

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 8 86 846 ppbn d

## Inhalt

Dr. Hermann Scheer MdB verurteilt die NATO-Entscheidung über Kurzstreckenraketen: Gefährlichste Aufrüstung der Nachkriegsgeschichte.

Seite 1

Gerd Walter MdEP bilanziert den Londoner EG-Gipfel: Gipfel der Wähler-tauschung.

Seite 3

Peter Würtz MdB plädiert für ein eigenes Gesetz für den auswärtigen Dienst: Lage der Auslands-Mitarbeiter stärker berücksichtigen.

Seite 4

### Dokumentation:

Hans-Jochen Vogel MdB, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag, sprach am 7. Dezember bei der Einweihung einer internationalen Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz. Wortlaut seiner Rede

Seite 6

41. Jahrgang / 234

8. Dezember 1986

### CDU betreibt gefährlichste Aufrüstung der Nachkriegsgeschichte

Grundlage dafür ist die bewußt betriebene Klima-Verschlechterung zwischen Ost und West

Von Dr. Hermann Scheer MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Verteidigungsminister Wörner stand bei der Konferenz der NATO-Verteidigungsminister an der Spitze der Einleitung einer neuen Aufrüstungsrunde bei atomaren Kurzstreckenraketen. Der deutschen Öffentlichkeit ist bisher noch nicht bewußt, daß Kurzstreckenraketen für die Bundesrepublik noch gefährlicher sind als Mittelstreckenraketen. Die Vorwarnzeit der in der DDR stationierten Kurzstreckenraketen SS 22 ist etwa eine Minute. Es ist davon auszugehen, daß neue westliche Kurzstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik genauso schnell fliegen würden. Damit wäre endgültig ein Punkt erreicht, in dem die Sicherheit Mitteleuropas künftig mehr von Computern als von der Politik abhängig gemacht wird. Außerdem würde die Regionalisierbarkeit eines Atomkrieges weiter vorbereitet.

Die Kurzstreckenraketen-Rüstung ist ein eklatanter Verstoß gegen die deutschen Sicherheitsinteressen. Während dieses Projekt vorangetrieben wird, unterläßt die Bundesregierung jeden ernsthaften Versuch, zu einer Abrüstung auch aller atomaren Kurzstreckenraketen zu kommen. Sie hat

- bisher nicht einmal versucht, die östlichen - vor allem von der DDR-Führung vorgetragenen - Hinweise auszuloten, daß bei einem vollständigen Abbau aller europäischen Mittelstreckenraketen auch sowjetische Kurzstreckenraketen vom Boden der

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressenhaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vertriebspartner:  
mit aktuellem Adressen- und  
Preiskalender



DDR und der CSSR abgezogen werden könnten. Sie blockiert statt dessen eine Null-Null-Lösung bei Mittelstreckenraketen angeblich wegen dieser sowjetischen Kurzstreckensysteme.

- Die Forderung der Bundesregierung, die Kurzstreckensysteme bei den Verhandlungen über den Abbau der Mittelstreckenraketen einzubeziehen, ist nur ein Vorwand, um ein entsprechendes Verhandlungsergebnis zu verhindern. Aber ein eigenes Verhandlungskonzept hat sie nie erarbeitet. Statt dessen denunziert sie den von SPD und SED erarbeiteten Vorschlag für einen atomwaffenfreien Korridor, der den Abzug der sowjetischen Kurzstreckenraketen bedeuten würde.

All dies zeigt: Die Abrüstungsrhetorik der Bundesregierung ist eine grobe Täuschung der Öffentlichkeit. Statt dessen bereitet sie die gefährlichste atomare Aufrüstung der Nachkriegszeit vor. Die politische Vorbereitung dazu ist die in den letzten Wochen betriebene Klimaverschlechterung zwischen Ost und West. Was als Ungeschick Kohls erscheint, ist feste Absicht. Der außenpolitische Wahlkampf der Union knüpft bewußt an den Kalten Krieg der 50er Jahre an.

Der Grund ist eindeutig: Nur wenn das klassische Feindbild wieder stimmt, kann man Mißtrauen gegen östliche Abrüstungsvorschläge schüren und die Aufrüstung durchsetzen. Daß die Aufrüstung durchgesetzt werden soll bei Waffen, die auf die Bundesrepublik zugeschnitten sind, weist auf die Motive hin, die diese Unions-Politik bestimmen: Es geht um Aufträge für die deutsche Rüstungsindustrie, die voll in die hochtechnologische Rüstung einsteigen will. Bei der Abwägung zwischen MBB und Abrüstung entscheidet sich die Union gegen die Abrüstung. Die Union repräsentiert damit die klassisch-politische Kurzsichtigkeit der deutschen Rechten, die im Verein mit der Rüstungswirtschaft unser Land in zwei Weltkriege geführt hat. (-/8.12.1986/va/rs)

\* \* \*



**EG-Gipfel – Gipfel der Wählertäuschung**

In London wurden die Arbeitslosen verhöhnt, die Probleme der Bauern übergangen

Von Gerd Walter MdEP  
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten

Die beschlossenen Maßnahmen gegen AIDS und Krebs rechtfertigen den Gipfel-Aufwand und die Spesen nicht. Sie waren die vorkalkulierten Ablenkungsmanöver für eine Veranstaltung gewesen, die faktisch ohne nennenswerte Beschlüsse zur Überwindung der dringenden Probleme auseinandergegangen ist.

Die über 16 Millionen Arbeitslosen in der EG müssen sich von den erneuten leeren Versprechungen der konservativen Gipfel-Mehrheit herzlos verhöhnt fühlen. Tatsache ist, daß die Vorschläge des Europäischen Parlaments für staatliche Maßnahmen zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit unbearbeitet in den Schubladen des Ministerrates liegen.

Bundeskanzler Kohl hat im Vorfeld des Gipfels dafür gesorgt, daß die wirklich wichtigen Themen wie die notwendige Reform der Agrarpolitik sowie die zukunftsorientierte Überwindung der EG-Finanzkrise nicht auf die Tagesordnung kamen. Vor den Augen der Öffentlichkeit hat der Kanzler das durchsichtige Manöver inszeniert, wiederum Arbeitsaufträge an die Finanz-, Agrar- und Innenminister zu vergeben, die bereits in der Vergangenheit weder die Kraft noch die Verantwortung aufbrachten, einen Konsens für die Bewältigung der Zukunftsaufgaben herzustellen.

Die Ernüchterung der belogenen Bauern, denen Kohl und Kiechle vorzugaukeln versuchen, die Subventionierung der wahnsinnigen Überschußproduktion mit täglich über 40 Millionen DM wird auch künftig weitergehen, wird spätestens bei der nächsten EG-Agrarpreisrunde im kommenden Frühjahr erfolgen. Dann schlägt die Stunde der Wahrheit.

Helmut Kohl und Bundeslandwirtschaftsminister Ignaz Kiechle schaden mit ihrer Politik nach dem Motto „Nach mir die Sintflut“ der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Gemeinschaft. Das Ausklammern der Agrar- und Haushaltsprobleme auf dem jüngsten EG-Gipfel ist letztlich der Offenbarungseid der Agrarpolitik des Kanzlers und seines unbeholfenen Ministers. Wäre es in London zum Schwur gekommen, hätte die Bundesregierung sich ihren agrarpolitischen Scherbenhaufen als notariell beurkundet einrahmen können. Dies sei allerdings aus wahlpolitischer Rücksichtnahme nicht geschehen, weil wieder einmal Taktik vor Wahrheit gegangen sei.

Die Versprechen des Bundeskanzlers und Kiechles, daß die Milchquoten zu angemessenen Preisen führen würden, haben in Wahrheit dazu geführt, daß so viele kleine und mittlere Betriebe wie nie zuvor in solch kurzer Frist aufgeben mußten. Wenn Kiechle jetzt als Programm für die nächste Wahlperiode um die Zustimmung der Landwirte mit dem Plan buhlt durch Bestandsobergrenzen die Familienbetriebe schützen und die Agrarfabriken bekämpfen zu wollen, dann ist das nur eine Beruhigungsspiel für Gutgläubige. Es ist allerdings daran zu zweifeln, ob die Landwirte noch bereit sind, wegen der von ihnen nicht verursachten Überschußproduktion zum Buhmann zu werden und sich dafür auch noch verhöhnen zu lassen.

Bundesfinanzminister Stoltenberg und Landwirtschaftsminister Kiechle sind gewarnt. Die Geduld der Steuerzahler ist am Ende. Heute treffen sich die EG-Finanz- und Agrarminister in Brüssel, in Straßburg findet die zweite Lesung des EG-Haushalts 1987 im Europaparlament statt. Die Minister wissen genau, daß die Schmerzgrenze der Bürger angesichts der überbordenden Überschüsse in der EG-Milchproduktion erreicht ist. Vor die Frage gestellt, ob sie ihre Steuergroschen in die „Pleitewirtschaft der Agrarsubventionierung à la Kiechle“ stecken wollten oder der Investition in Zukunftstechniken und Wirtschaftsbereiche widmen wollten, entscheiden sich die Wähler mehrheitlich für die Zukunft.

Die Sozialdemokraten sind nicht bereit, das Diktat von Stoltenberg und Kiechle hinzunehmen, die ihre EG-Kollegen gezwungen haben, den Haushaltsvorschlag von EG-Kommission und Parlament zugunsten der Agrarüberschüsse auf Kosten der Modernisierung der Wirtschaft und zum Nachteil der benachteiligten Regionen sowie der Entwicklungshilfe hinzunehmen. Dementsprechend zeichnet sich zwischen dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament ein neuer Haushaltskonflikt ab. Der Londoner Gipfel hat keinen Beitrag zur Lösung der Probleme beigetragen. (-/8.12.1986/rs/ks)

### Der Auswärtige Dienst braucht ein eigenes Gesetz

Den besonderen Bedingungen der im Ausland tätigen Mitarbeiter muß Rechnung getragen werden

Von Peter Würtz MdB

Die Außenbeziehungen haben die Geschichte unseres Volkes ganz wesentlich beeinflusst und auch in Zukunft werden sie unser Schicksal mitprägen, wenn man an die Stellung der Bundesrepublik Deutschland an der Nahtstelle von Ost und West und als große Außenhandelsnation denkt.

Aufgabe des Auswärtigen Dienstes ist es, die deutsche Außenpolitik konzeptionell auszugestalten, umzusetzen und im Ausland politisch zu vertreten. Dabei kann er diese Ziele nicht wie inländische Verwaltungen mittels Rechtsnormen und Verwaltungsakten durchsetzen, sondern ist auf eine laufende politische Überzeugungstätigkeit angewiesen. Diese Vertretung deutscher Interessen gegenüber dem Gastland, seinen Organen und Staatsangehörigen ist eine im wesentlichen politische Funktion.

Der Auswärtige Dienst leistet seine Arbeit in einem anderen Umfeld als die innere Verwaltung. Die politischen, kulturellen und sozialen Bedingungen unterscheiden sich in den mehr als 120 Staaten, mit denen die Bundesrepublik Deutschland diplomatische Beziehungen unterhält. Sie ändern sich auch rascher und vielfältiger als bei uns, was sich auf die jeweiligen Lebens- und Arbeitsbedingungen der Botschaften und Konsulate unmittelbar auswirkt.

Diese eher zunehmenden Besonderheiten haben in den meisten anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft, in großen Industriestaaten und wichtigen Ländern der Dritten Welt, zu ausführlichen Sonderregelungen für die Auswärtigen Dienste geführt.

Auch der deutsche Auswärtige Dienst muß in die Lage versetzt werden, auf Veränderungen im Ausland flexibel, rasch und unbürokratisch reagieren zu können. Es mutet schon merkwürdig an, wenn über jede Aussonderung eines Fahrzeuges in Ouagadougou allein und abschließend im Bonner Finanzministerium entschieden wird oder wenn schon für kleinere Baumaßnahmen im Ausland der Bundesbauminister in einem mehrstufigen Verfahren zustimmen muß.

Die für die allgemeine Verwaltung im Inland geltenden Regeln sind bisher mehr oder minder unmittelbar auf die Arbeit des Auswärtigen Dienstes im Ausland übertragen worden. Hier sind flexible, den besonderen Verhältnissen im Ausland angepaßte Regelungen erforderlich.



Ein kostengünstiger und effizienter Auswärtiger Dienst braucht Mitarbeiter, die möglichst vielseitig einsetzbar sind, um in vielen Arbeitsgebieten zumindestens vertretungsweise tätig werden zu können. Will man jeweils viele Spezialisten einsetzen, braucht man erheblich mehr Personal, wie sich in einigen Staaten gezeigt hat. Die Hälfte der über 200 deutschen Auslandsvertretungen ist hingegen nur mit einem oder zwei Beamten des höheren Dienstes besetzt.

Um solche Mitarbeiter zu gewinnen, muß der Auswärtige Dienst besondere Anforderungen an sachliche und sprachliche Vorkenntnisse, Ausbildung und vielseitige Berufserfahrung stellen. Seine Angehörigen und ihre Familien werden daher während der gesamten Dauer der Dienstzeit regelmäßig und weltweit versetzt. Diese wechselnde Arbeit im Ausland stellt besondere Anforderungen an die Gesundheit der Mitarbeiter und ihrer Familien.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen haben sich in den letzten Jahren in vielen Ländern nicht gerade verbessert. Soziale, politische, wirtschaftliche und militärische Krisen stellen den Auswärtigen Dienst und seine Beschäftigten und deren Familien vor schwerwiegende Probleme. Im Gegensatz zu anderen, im Ausland beschäftigten Personen ist die Auslandsverwendung für die Mitarbeiter des Auswärtigen Dienstes ein Lebensberuf.

Aus diesen Gründen ist die Frage einer gesetzlichen Regelung für den deutschen Auswärtigen Dienst in der Vergangenheit schon verschiedentlich geprüft worden. Schon 1962 schlug der SPD-Abgeordnete Fritz Erler dem Deutschen Bundestag ein Gesetz über den Auswärtigen Dienst vor. Wenn in den darauffolgenden Jahren über diese Frage nachgedacht wurde, so stand dem das Streben nach einem möglichst einheitlichen Dienstrecht in Bund und Ländern entgegen.

Ein Gesetz über den Auswärtigen Dienst sollte auch keinen Sonderstatus schaffen, sondern sich auf die Regelung der durch den Auslandsdienst bedingten Tatbestände und Folgen beschränken.

Schließlich ist auch bisher den Sonderproblemen in Einzelbereichen des öffentlichen Dienstes durch entsprechende Vorschriften Rechnung getragen worden. Der Auswärtige Dienst sollte daher durch ein Gesetz in die Lage versetzt werden, aufgrund eines auslandsbezogenen Sachverstandes den Problemen des Auslandsdienstes flexibel Rechnung zu tragen.

(-/8.12.1986/rs/ks)

\* \* \*

**DOKUMENTATION****Hans-Jochen Vogel in Auschwitz: Das Bemühen um Aussöhnung voranbringen**

Am 7. Dezember wurde in Auschwitz die Internationale Jugendbegegnungsstätte der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V. eingeweiht. In der Feierstunde in Auschwitz machte der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Dr. Hans-Jochen Vogel, folgende Ausführungen.

„Dem, was schon gesagt wurde, habe ich als einer, der vor fünf Jahren im Auftrage des damaligen Bundeskanzlers der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, des damaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Richard von Weizsäcker, und des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Willy Brandt, an der Grundsteinlegung dieser Begegnungsstätte mitgewirkt und das Projekt seitdem kontinuierlich begleitet hat, nur Weniges hinzuzufügen; nämlich einige Wünsche und ein Wort des Dankes.

Ich wünsche und hoffe, daß die Jugendbegegnungsstätte, die wir heute einweihen, mithilft, eine schreckliche Vergangenheit zu überwinden. Wo, wenn nicht hier im Angesicht der Lager von Auschwitz und Birkenau, in unmittelbarer Nähe des Ortes, an dem vier Millionen Menschen ermordet wurden, könnte der jüngeren Generation deutlicher zum Bewußtsein gebracht werden, wohin menschenverachtender Fanatismus, wohin inhumane Vergötzung der Macht und die absolute Negierung jeglicher Menschenwürde führt? Denn: Die Vergangenheit überwinden, heißt ja nicht, sie vergessen, sie zu verdrängen oder gar zu versuchen, sie im Zuge einer sogenannten Normalisierung ihrer Schrecken und ihrer Einmaligkeit zu entkleiden. Es heißt vielmehr, den Opfern, soweit Menschen das vermögen, Genugtuung widerfahren zu lassen und aus den Leiden zu lernen. Dazu gehört auch die Art und Weise, in der wir denen begegnen, die noch immer auf eine Geste des guten Willens zur Linderung ihrer individuellen Not warten.

Ich wünsche und hoffe, daß diese Stätte das Bemühen um die deutsch-polnische Aussöhnung in einem ganz Europa umschliessenden Sinne voranbringt. Einen Prozeß, der vor zwei Jahrzehnten von mutigen Männern und Frauen in unseren beiden Völkern, darunter von Repräsentanten der christlichen Kirchen und von einzelnen Jugendverbänden vorbereitet und angestoßen und dann im Zuge der Ostpolitik Willy Brandts in Gang gesetzt worden ist, und der noch immer von Rückschlägen bedroht wird. Und wiederum ist es wichtig, daß dies hier in Auschwitz geschieht: Im Angesicht der Katastrophe, zu der der Haß zwischen unseren beiden Völkern, zu der die Verbrechen des nationalsozialistischen Gewaltregimes geführt haben. Wichtig ist auch der europäische Aspekt, die Offenheit der neuen Stätte für die Jugend aller Völker, gerade aller europäischen Völker. Denn unsere Aussöhnung soll sich im Geiste von Helsinki gegen niemanden richten, sie soll auf ganz Europa ausstrahlen und ganz Europa einbeziehen.

Und ich bin sicher: Im Zeichen dieser Aussöhnung wird die junge Generation über die ewig Gestrigen hinwegschreiten, die alte Feindbilder aufs Neue beleben oder aufs Neue die politische Endgültigkeit der Grenzen in Frage stellen. Unsere Haltung zur Grenzfrage ist eindeutig.

Ich wünsche und hoffe schließlich, daß von dieser Stätte Impulse für gemeinsame Anstrengungen der jungen Generation zur Sicherung des Friedens ausgehen. Und zwar quer durch alle Völker und quer durch alle Gesellschaftsordnungen und alle Bündnisse. Von wo, wenn nicht von hier, und von wem, wenn nicht von der Jugend, die hier in Zukunft zusammentrifft, sollte der Ruf nach einer Beendigung des wahnwitzigen Rüstungswettlaufs dringender und überzeugender erhoben werden? Und auch der Ruf, nicht Milliardensummen für die Stationierung neuer Waffensysteme im Weltall zu verwenden, sondern sie hier auf unserer alten Mutter Erde für die Überwindung von Not und Elend einzusetzen. Täusche sich keiner: Die Ungeduld der Völker und vor allem der Jugend wächst.

Mein Dank gilt denen, die das Werk mit Beharrlichkeit zum Erfolg geführt haben. Wenn ich dabei neben dem Verband ehemaliger polnischer Widerstandskämpfer vor allem die Aktion Sühnezeichen nenne, dann deshalb, weil Sie ein Beispiel dafür gesetzt hat, was eine Gruppe von Menschen bewirken und verändern kann, die nicht redet, sondern handelt, die sich nicht duckt oder gängeln läßt und die die Friedensbotschaft des Evangeliums ernst nimmt.

In diesem Sinne wünsche ich der Internationalen Jugendbegegnungsstätte Auschwitz Erfolg bei ihrem Bemühen um Frieden und Verständigung und eine gute Zukunft. Möge es ein gutes Zeichen sein, daß wir sie exakt an dem Tage einweihen, an dem sich die Unterzeichnung des Warschauer-Vertrages durch den damaligen Vorsitzenden des Ministerrates der Volksrepublik Polen Jozef Cyrankiewicz und den damaligen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland Willy Brandt zum 16. Mal jährt. Und mögen ihr an anderen Orten - so etwa in Dachau - weitere Jugendbegegnungsstätten dieser Art folgen.“

(-/8.12.1986/rs/ks)

Vom Druck der Linien  
mit erhaltenen Reproduktionen  
Reinigungs-Papier

